



BREXIT – Check it!

**SK: Vertreter im
Arbeitsrecht**

**CZ: Unzurechnungs-
fähigkeit des
Mitarbeiters**

**EU: Kommission vs.
Google**

Am 23. 6. 2016 hat das Vereinigte Königreich (UK) für den BREXIT gestimmt. Derzeit ist unklar, ob, wann und in welcher Form der BREXIT tatsächlich kommt. Die Ideen reichen von einem losgelösten Drittstaat bis zu einer engen Anbindung, wie z.B. den EWR, in dem in vielen Bereichen EU-Recht verbindlich bleibt. Man sollte daher die eigenen Verträge prüfen und an Eventualitäten anpassen. Bei Lieferverträgen ist an die Möglichkeiten von Zöllen zu denken und zu klären, wer diese künftig zahlen soll. Bei längerfristigen Montageverträgen ist an die Möglichkeit zu denken, dass Personal aus der EU nicht mehr im UK eingesetzt werden kann. Ungewiss ist, ob „Europäische“ Patente, Marken und Muster künftig auch im UK geschützt sind. Wurde die Zuständigkeit eines Gerichts im UK vereinbart, so besteht die Gefahr, dass ein Urteil künftig nicht mehr vollstreckbar ist. Die Liste der von Unternehmen bereits jetzt zu berücksichtigenden Punkte ließe sich noch über mehrere Seiten fortsetzen. Gerne stehen wir zur BREXIT-Beratung zur Verfügung.

Bernhard Hager

SK: Verfassungsgericht öffnet die Büchse der Pandora

Das Verfassungsgericht der Slowakischen Republik hat beschlossen, dass bei der Beurteilung der Gültigkeit des Erwerbs des Eigentumsrechts vom Nicht-Eigentümer die Gutgläubigkeit des Erwerbers zu berücksichtigen sei. Das Verfassungsgericht lässt dadurch zu, dass das Eigentumsrecht an einer Immobilie auch vom Nicht-Eigentümer erworben werden kann. (MSA)

EU: Umfassende Reform des europäischen Rechts auf Schutz personenbezogener Daten

Am 4. 5. 2016 wurde die endgültige Fassung der neuen Datenschutzverordnung Nr. 2016/679 veröffentlicht, die mit Wirkung ab dem 24. 5. 2018 ganz wesentliche Änderungen sowohl in der europäischen als auch in der tschechischen Regulierung des Schutzes personenbezogener Daten bringt. (RM)

CZ: Die Anlage eines Geschäftsanteilsübertragungsvertrags bedarf der amtlich beglaubigten Unterschriften

Das Oberste Gericht leitete in seiner Entscheidung ab, dass wenn die Vereinbarung über den Preis oder die Art seiner Festsetzung in einer Anlage zum Geschäftsanteilsübertragungsvertrag enthalten ist, unterliege diese Anlage als Bestandteil des Vertrags denselben Formanforderungen und die Anlage müsse daher schriftlich und mit amtlich beglaubigten Unterschriften vereinbart werden. (MG)

CZ: Wechsel und Schiedsverfahren

Wenn der Wechselerwerber kein Rechtsnachfolger des vorherigen Wechselinhabers ist, so ist er auch an den vom vorherigen Wechselinhaber geschlossenen Schiedsvertrag nicht gebunden. (JK)

SK: Vertreter im Arbeitsrecht

Wer unterzeichnet bei Ihnen die arbeitsrechtlichen Dokumente? In einer Zeit von internationalen Unternehmen und deren Personalabteilungen, in einer Zeit der ausgelasteten Manager, die es dringend benötigen, sich vertreten zu lassen, ist die formalistische Entscheidung des Obersten Gerichts der Slowakischen Republik mehr als überraschend.

Das Oberste Gericht der Slowakischen Republik erklärte in seiner Entscheidung, dass die Regelung zur Vertretung des Arbeitgebers in arbeitsrechtlichen Verhältnissen in § 9 Arbeitsgesetzbuch vollständig sei, und es somit nicht möglich sei, einem außerhalb der Gesellschaft stehenden Dritten (z.B. einem HR-Mitarbeiter der Muttergesellschaft) eine Vollmacht gemäß Bürgerlichem Gesetzbuch zu erteilen. Das Gericht schloss gleichzeitig die Vertretung des Arbeitgebers durch den Prokuristen aus.

Gemäß § 1 Abs. 4 Arbeitsgesetzbuch gilt, dass, soweit das Arbeitsgesetzbuch in seinem ersten Teil nichts anderes festgelegt, die Rechtsverhältnisse zwischen dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer den allgemeinen Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs unterliegen.

Der erste Teil des Arbeitsgesetzbuchs regelt in § 9 Handlungen im Namen des Arbeitgebers. Als Arbeitgeber gemäß dieser Bestimmung handeln das vertretungsbefugte Organ oder die beauftragten Arbeitnehmer.

Die bisherige Praxis ging eindeutig von der Möglichkeit der Bevollmächtigung einer außerhalb der Gesellschaft stehenden Person aus. Diese strikte Entscheidung des Gerichts können wir zwar missbilligen, vor allem in Kündigungsfällen empfehlen wir jedoch, die Kündigungsschreiben der Rechtssicherheit halber vom vertretungsbefugten Organ oder von einem beauftragten Arbeitnehmer unterzeichnen zu lassen.

Jana Sapáková

SK: Neues Enteignungsgesetz ab dem 1. 7. 2016

Die neue Rechtsregelung bringt in geschlossener Form eine umfassende Regelung der Bedingungen für die Entziehung oder Beschränkung des Eigentumsrechts an Immobilien im Wege der Enteignung durch das Gesetz Nr. 282/2015. (MAB)

SK: 2. Runde der Förderung für Wärmedämmung von Familienhäusern

Die Slowakei eröffnete die 2. Runde der Gewährung von Zuschüssen für die Wärmedämmung von Familienhäusern. Die Anmeldungen können vom 9. 6. 2016 bis zum 6. 7. 2016 eingereicht werden, bzw. bis zur Erreichung der Zahl von 500 elektronisch erfassten Anträgen. (NJ)

CZ: Familienverfassung

Die tschechischen Familienunternehmen fangen mit der Einführung von Familienverfassungen an, die eines der wesentlichen Merkmale für den Aufbau von erfolgreichen Familienunternehmen sind und Grundregeln für das Funktionieren der Familie als Eigentümer des Unternehmens zusammenfassen, einschließlich der Verankerung von Grundwerten, Familienorganen und Kommunikationsregeln. (SS)

SK: Automatische Bindung an Kollektivvertrag verfassungswidrig

Die automatische Geltung von Kollektivverträgen für ganze Branchen ist laut dem Verfassungsgericht verfassungswidrig. Die entsprechende Bestimmung hat am 30. 5. 2016 ihre Wirksamkeit verloren. (PŠM)

CZ: Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zum Schwarz-System

Tätigkeiten mit unklarem Charakter (z.B. Buchhalter, Friseur) können sowohl im Arbeitsverhältnis als auch von Selbständigen ausgeübt werden. Die steuerliche Optimierung ist ein legitimer Grund dafür, dass der Unternehmer solche Tätigkeiten durch Werkverträge mit unverhältnismäßig schwächeren Vertragspartnern absichert. (JKol)

CZ: Steuerpönalen haben den Charakter einer Strafe

Gemäß der Entscheidung des Obersten Verwaltungsgerichts 4 Afs 210/2014 hat die Pönale gemäß § 251 Abgabenordnung den Charakter einer Strafe. In einem Strafverfahren sei somit in diesem Zusammenhang der Grundsatz „ne bis in idem“, d.h. nicht zweimal in derselben Sache verurteilt und bestraft zu werden, zu beachten. (PP)

CZ: Unzurechnungsfähigkeit des Mitarbeiters

Bei einer Kündigung gemäß § 52 Buchst. g) Arbeitsgesetzbuch ist es erforderlich nachzuweisen, dass die Verletzung der Arbeitsdisziplin durch verschuldetes Verhalten des Mitarbeiters erfolgt ist. Bei Unzurechnungsfähigkeit eines Mitarbeiters, der nicht imstande war, sein Verhalten zu beherrschen und dessen Folgen zu beurteilen, ist die Bedingung des Verschuldens nicht erfüllt. (TJ)

Personal

Lucia Luptáková | Rechtsanwältin | Prag

Am 1. Juni 2016 wurde Lucia Luptáková als Anwältin der Anwaltskanzlei Dvořák Hager & Partners in Prag übernommen. Lucia kooperiert mit unserer Kanzlei seit 2014 und im April hat sie erfolgreich die Anwaltsprüfung bestanden.

Lucia widmet sich in ihrer Praxis insbesondere dem Schuldrecht und dem Gesellschaftsrecht. Sie absolvierte die juristische Fakultät der Karlsuniversität in Prag und die Fakultät für internationale Beziehungen an der Wirtschaftshochschule in Prag.

EU: Kommission vs. Google

Die Europäische Kommission übersandte im April 2016 der Gesellschaft Google ihre Mitteilung, nach der Google ihre marktbeherrschende Stellung missbrauche. Der Kommission gefällt nicht, dass die Suchmaschine Google Search als Standardsuchdienst bzw. einziger Suchdienst installiert ist und dass den Konkurrenten auf dem Suchmaschinenmarkt wegen den Praktiken von Google der Marktzugang versperrt sei. Der Fall wird von der Kommission weiter untersucht. (MABB)

CZ: Antrag auf Aufhebung des Gesetzes zur elektronischen Umsatzerfassung

Dem Verfassungsgericht wurde ein Antrag der Oppositionsabgeordneten auf Aufhebung des Gesetzes zur elektronischen Umsatzerfassung vorgelegt. Laut dem Antrag sei bei Verabschiedung dieses Gesetzes der ordnungsgemäße gesetzgebende Vorgang nicht eingehalten worden und das Gesetz greife überdies unangemessen in das Recht auf Unternehmen, Eigentum und Schutz der Privatsphäre ein. (KJ)

CZ: Wirkungsbereich der Schiedsklausel

Wenn einer Schiedsklausel alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit einem Vertragsverhältnis unterliegen, so findet diese auch auf eine Streitigkeit über den Ersatz eines nach Beendigung dieses Vertragsverhältnisses entstandenen Schadens Anwendung (Oberstes Gericht, Az. 25 Cdo 4840/2014). (TM)

CZ: Neues Glücksspielgesetz

Die neue Lotteriegesetzgebung beschränkt das Betreiben des technischen Spiels (Spielgeräten) auf Casinos und Spiellokale und verlangt gleichzeitig eine Registrierung der Spieler. Neu ermöglicht und reguliert sie auch das Betreiben von Glücksspielen im Internet. Wirksam wird sie am 1. 1. 2017. (SD)

CZ: Steuerberatung eine Straftat?

Befürchtungen erweckt die Wiedereinführung der Strafbarkeit der Vorbereitung einer Straftat der Steuerhinterziehung ab dem 1. 7. 2016, und zwar wegen der unklaren Grenze zwischen der Steueroptimierung und der Straftätigkeit. (KD)

CZ: Arbeit auf Probe möglich

Das Oberste Verwaltungsgericht der Tschechischen Republik bestätigte (4 Ads 27/2016), dass Arbeit auf Probe (z.B. im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens) zu akzeptieren sei. Es müsse sich jedoch um eine befristete Probe handeln, deren Ziel nur in der Feststellung der Arbeitsfähigkeiten des Bewerbers und nicht in der Ausübung der laufenden Tätigkeit liege. (VO)

SK: Gratisrückgabe von Altreifen

Gemäß dem neuen Abfallgesetz ist die Person, die Reifen selbständig oder als Service-Bestandteil verkauft, verpflichtet, eine entgeltlose Sammlung der Abfallreifen sicherzustellen. Dieser Pflicht unterliegen auch Autoservices, die Reifenwechsel anbieten, ohne die Reifen selber zu verkaufen. (KL)

CZ: Ab dem 1. 10. 2016 zentrale Evidenz von Delikten

Die Evidenz sollte der Berücksichtigung der früheren Deliktfähigkeit der Personen bei Auferlegung von weiteren Strafen dienen. Vorerst enthält sie eine begrenzte Zahl der Delikte, die Angaben werden darin von demjenigen Verwaltungsorgan, das in erster Instanz entschieden hat, vom Gemeindeamt oder von der Stadtpolizei eingetragen. (LKu)

EU: Der EuGH verstärkte mit dem Urteil C-345/14 die Rechte der Kernmieter in Einkaufszentren

Die Tatsache, dass ein Mietvertrag über Gewerberäume in einem Einkaufszentrum eine Klausel enthält, die dem Mieter das Recht einräumt, den Vermieter daran zu hindern, in diesem Einkaufszentrum Gewerberäume anderen Mietern zu vermieten, bedeutet nicht, dass der Zweck des vorgenannten Vertrags die Beeinträchtigung des Wettbewerbs ist. (AJ)

EU: Verbot von islamischen Kopftüchern an der Arbeitsstelle

Laut einer Stellungnahme des Generalanwalts hindert das europäische Recht den Arbeitgeber nicht daran, das Tragen von islamischen Kopftüchern an der Arbeitsstelle zu verbieten. Es müsse sich jedoch um einen Bestandteil des Verbots aller religiösen Symbole handeln, das auf religiöse Neutralität des Unternehmens abziele. (TP)

EU: Entgelt für einen Handelsvertreter

Gemäß dem EuGH seien die vom Handelsvertreter gewonnenen Kunden neue Kunden, auch wenn sie mit dem Vertretenen bereits ein Geschäftsverhältnis hinsichtlich einer anderen Ware hatten, sofern der Verkauf einer weiteren Ware durch den Handelsvertreter der Schaffung eines gesonderten Geschäftsverhältnisses bedarf. Für neue Kunden stehe dem Handelsvertreter ein Entgelt zu. (AT)

CZ: Novelle zu den Bedingungen für den Arbeitsschutz

Die Novelle führt mit Wirksamkeit ab dem 1. 5. 2016 u.a. höhere Ansprüche an die Qualifikation der fachlich geeigneten Person und des Arbeitsschutz-Koordinatoren sowie die Regel ein, dass der Arbeitsschutz-Koordinator an einer Baustelle weder der Auftragnehmer, dessen Mitarbeiter noch eine andere Person sein kann, die fachlich die Bauausführung leitet. (JV)

SK: Zentrales Zwangsvollstreckungsregister ab 1. 7. 2016

Das Register ist unter der Homepage der Slowakischen Gerichtsvollzieherkammer abrufbar. Es werden darin Details zu den anhängigen Zwangsvollstreckungen erfasst. Die Gerichtsvollzieher sind verpflichtet, Angaben über neue Zwangsvollstreckungen innerhalb von 7 Tagen zu ergänzen. (ZH)

Autoren | (AJ) Achim Jähne | (AT) Annamária Tóthová | (BH) Bernhard Hager | (DV) Dominika Veselá | (ER) Eva Ruhswurmová | (JKol) Jana Kolářová | (JK) Jan Krampera | (JS) Jana Sapáková | (JM) Jiří Mačát | (JStr) Jitka Stránská | (JŠ) Jiří Šmatlák | (JV) Jakub Verlík | (KD) Kateřina Demová | (KJ) Katarína Jendželovská | (KL) Katarína Liebscherová | (LKu) Lucie Kubínyiová | (LL) Lucia Luptáková | (LZ) Lukáš Zahrádka | (MABB) Marek Bomba | (MAB) Martin Baraniak | (MG) Martin Gřešák | (MSA) Mária Sadloňová | (MŠ) Martina Šumavská | (MR) Michal Růžička | (NJ) Natália Jánošková | (PP) Peter Perniš | (PKc) Petra Konečná | (PŠM) Petra Štrbová Marková | (RM) Radek Matouš | (SD) Stanislav Dvořák | (SL) Simona Laktišová | (SS) Stanislav Servus | (TL) Tereza Leníčková | (TJ) Tomáš Jelínek | (TM) Tomáš Mls | (TP) Tomáš Procházka | (VF) Vojtěch Faltus | (VO) Veronika Odobinová | (ZK) Zlata Kunešová | (ZH) Zuzana Hnáťová

**Dvořák Hager & Partners
Tschechische Republik**

Oasis Florenc, Pobřežní 394/12
186 00 Prag 8
Tschechische Republik

tel.: +420 255 706 500
fax: +420 255 706 550
e-mail: praha@dhplegal.com

**Dvořák Hager & Partners
Slowakei**

Cintorínska ul. 3/a
811 08 Bratislava
Slowakei

tel.: +421 2 32 78 64 – 11
fax: +421 2 32 78 64 – 41
e-mail: bratislava@dhplegal.com